



publicus

Amtliches Veröffentlichungsorgan
der Hochschule Trier -
Trier University of Applied Sciences



2014-01	Veröffentlicht am 30.01.2014	Nr. 1/s.1
----------------	-------------------------------------	------------------

Tag	Inhalt	Seite
30.01.2014	Ordnung für die Prüfung im Bachelor-Studiengang „Umwelt- und Betriebswirtschaft (B.A.)“ an der Hochschule Trier, Standort Umwelt-Campus Birkenfeld	2-12
30.01.2014	Ordnung zur Aufhebung der Ordnungen für die Bachelorprüfung im Studiengang „Umwelt- und Betriebswirtschaft (B.A.)“ an der Hochschule Trier, Standort Umwelt-Campus Birkenfeld	13-13
30.01.2014	1. Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den englischsprachigen Weiterbildungsstudiengang „International Material Flow Management Master of Engineering (M.Eng.)“ an der Hochschule Trier, Standort Umwelt-Campus Birkenfeld	14-17
30.01.2014	Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Masterprüfung im Studiengang „Business Management“ der Hochschule Trier vom 23.01.2014	17-17

**Ordnung für die Prüfung
im Bachelor-Studiengang
„Umwelt- und Betriebswirtschaft (B.A.)“
an der Hochschule Trier, Standort Umwelt-
Campus Birkenfeld
vom 06.12.2013**

Auf Grund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 21.07.2003 (GVBl. 2003 S. 167, BS 223-41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157) hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht der Hochschule Trier, Standort Umwelt-Campus Birkenfeld am 22.05.2013 die folgende Prüfungsordnung für den Bachelor-Studiengang „Umwelt- und Betriebswirtschaft (B.A.)“ an der Hochschule Trier, Standort Umwelt-Campus Birkenfeld beschlossen. Diese Prüfungsordnung hat der Senat der Hochschule Trier am 30.10.2013 sowie der Präsident der Hochschule Trier am 21.11.2013 genehmigt.

Sie wird hiermit bekannt gemacht.

INHALT

I. Allgemeines

- § 1 Zweck der Prüfung
- § 2 Abschlussgrad
- § 3 Studienvoraussetzungen, Regelstudienzeit, Studienaufbau und Umfang des Lehrangebotes
- § 4 Prüfungsausschuss
- § 5 Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Abschlussarbeit
- § 6 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren
- § 7 Module, Vergabe von Leistungspunkten (ECTS), Arten der Prüfungsleistungen, Fristen
- § 8 Studienleistungen
- § 9 Mündliche Prüfungen
- § 10 Schriftliche Prüfungen
- § 11 Projektarbeiten
- § 12 Abschlussarbeit
- § 13 Kolloquium über die Abschlussarbeit
- § 14 Bewertung der Prüfungsleistungen, Ermittlung von Modulergebnissen
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 16 Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen
- § 17 Wiederholung von Prüfungsleistungen und Abschlussarbeit
- § 18 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

II. Bachelorprüfung

- § 19 Umfang und Art der Bachelorprüfung

- § 20 Zulassungsvoraussetzungen für die Abschlussarbeit
- § 21 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis, Diploma-Supplement
- § 22 Urkunde

III. Schlussbestimmungen

- § 23 Ungültigkeit der Bachelorprüfung
- § 24 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 25 Inkrafttreten
- § 26 Außerkrafttreten der bisherigen Prüfungsordnung und Übergangsvorschriften

I. Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung

Die Bachelor-Prüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Bachelor-Studienganges Umwelt- und Betriebswirtschaft. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Bachelorprüfung haben die Studierenden gezeigt, dass sie die für den Eintritt in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und entsprechende Handlungskompetenz erworben haben, die Zusammenhänge ihres Faches überblicken und die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden.

§ 2 Abschlussgrad

Auf Grund der bestandenen Bachelor-Prüfung wird der akademische Grad „Bachelor of Arts“ (abgekürzt: „B. A.“) verliehen.

§ 3 Studienvoraussetzungen, Regelstudienzeit, Studienaufbau und Umfang des Lehrangebots

(1) Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums ist die in § 65 Abs. 1 und 2 HochSchG genannte oder eine durch die zuständigen staatlichen Stellen als gleichwertig anerkannte Hochschulzugangsberechtigung. Darüber hinaus ist bis zur Anmeldung der Abschlussarbeit gemäß § 12 eine einschlägige praktische Vorbildung im Umfang von 12 Wochen (gemäß § 65 Abs. 4 Nr. 3 HochSchG) nachzuweisen. Eine einschlägige berufspraktische Tätigkeit wird angerechnet.

(2) Die Studienzeit, in der das Studium in der Regel abgeschlossen werden kann (Regelstudienzeit), beträgt 6 Semester mit insgesamt einer studentischen Arbeitsbelastung entsprechend 180 Leistungspunkten (ECTS). Darin ist eine praktische Studienphase gemäß Abs. 5 enthalten. Gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 5 HochSchG entspricht 1 Leistungspunkt (ECTS) einer studentischen Arbeitsbelastung von 30 Stunden. Innerhalb der Regelstudienzeit kann die Bachelor-Prüfung abgelegt werden.

(3) Das Lehrangebot erstreckt sich über die in Abs. 2 genannte Semesterzahl. Das Lehrangebot ist vollständig modularisiert und umfasst Pflichtveranstaltungen im Umfang von insgesamt 124 SWS und Wahlpflichtveranstaltungen im Umfang von insgesamt 20 SWS. Bei der Teilnahme an Lehrveranstaltungen mit begrenzten Teilnahmepätzen haben Studierende den Vorrang, die in den Studiengang eingeschrieben sind.

(4) Die Anzahl, die Art der Vergabe von Leistungspunkten (ECTS) und die Module gemäß § 25 Abs. 2 HochSchG befinden sich in Anlage 1 dieser Ordnung.

(5) In die Regelstudienzeit ist eine praktische Studienphase integriert. Sie umfasst einschließlich der studienbegleitenden Lehrveranstaltungen 30 Leistungspunkte (ECTS). Die praktische Studienphase kann durch entsprechende Zeiten an einer ausländischen Hochschule bzw. durch ein Auslandssemester oder in Ausnahmefällen durch gleichwertige Praxisprojekte an der Hochschule ersetzt werden.

(6) Einzelheiten zu Abs. 1 regelt die Ordnung für die praktische Vorbildung des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht. Einzelheiten zu Abs. 4 regelt der Studienplan (§ 20 HochSchG, Anlage 3) des Studiengangs Umwelt- und Betriebswirtschaft. Einzelheiten zum Abs. 5 regelt die Ordnung für die praktische Studienphase und das Auslandssemester des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht.

(7) Das Lehrangebot des Pflicht- und Wahlpflichtbereichs wird in der Regel in deutscher Sprache angeboten, kann aber auch in englischer Sprache angeboten werden.

§ 4 Prüfungsausschuss

(1) Der Fachbereich bildet einen Prüfungsausschuss.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:
1. vier Professorinnen oder Professoren,
2. ein studentisches Mitglied und
3. je ein Mitglied aus den Gruppen gem. § 37 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HochSchG.

(3) Der Prüfungsausschuss ist für die Organisation der Prüfungen und für Entscheidungen in Prüfungsangelegenheiten zuständig. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses berichtet regelmäßig dem Fachbereichsrat über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Abschlussarbeit sowie über die Verteilung der Noten der Prüfungsleistungen und Gesamtnoten. Der Prü-

fungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat, das vorsitzende Mitglied und die Stellvertretung vom Prüfungsausschuss bestimmt. Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder werden durch nachträgliche Berufung für den Rest der Amtszeit ersetzt.

(5) Der Prüfungsausschuss kann einzelne Aufgaben dem vorsitzenden Mitglied übertragen. Ablehnende Entscheidungen kann das vorsitzende Mitglied nur treffen, soweit eine entsprechende Entscheidungspraxis in vergleichbaren Angelegenheiten besteht.

(6) Vorsitz und Stellvertretung werden von einer Professorin oder einem Professor wahrgenommen. Mitglieder des Prüfungsausschusses, die die Voraussetzungen des § 25 Abs. 5 HochSchG nicht erfüllen, haben bei Entscheidungen des Prüfungsausschusses über die Bewertung und Anrechnung von Prüfungsleistungen kein Stimmrecht. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei den Prüfungen zugegen zu sein, soweit sie sich nicht im gleichen Zeitraum zu derselben Prüfung angemeldet haben.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied oder durch die Stellvertretung zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 5 Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Abschlussarbeit

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt Prüfende und Beisitzende.

(2) Prüfende sind die in § 25 Abs. 4 Satz 1 HochSchG genannten Personen einschließlich der Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren. Darüber hinaus können wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Assistentinnen und Assistenten mit Aufgaben gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 6 Satz 4 HochSchG, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragte, in der beruflichen Praxis erfahrene Personen sowie Lehrende ausländischer Hochschulen, die eine dem Personenkreis gemäß § 25 Abs. 4 Satz 1 und 2 HochSchG gleichwertige Qualifikation besitzen, prüfen. Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle kann bei Vorliegen zwingender Gründe über Ausnahmen unter Beachtung von § 25 Abs. 4 und 5 HochSchG entscheiden.

(3) Zum Beisitz kann nur bestellt werden, wer in dem zu prüfenden Fach die Voraussetzung gemäß § 25 Abs. 5 HochSchG besitzt.

(4) Betreuende der Abschlussarbeit sind Personen gemäß Abs. 2. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle.

(5) Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle sorgt dafür, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden und Beisitzenden sowie die Meldefristen zu den Prüfungen, bekannt gegeben werden.

(6) Die Studierenden können für die Abschlussarbeit die Betreuende oder den Betreuenden vorschlagen. Dieser Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch.

(7) Für Prüfende und Beisitzende gilt § 4 Abs. 7 entsprechend.

§ 6 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

(1) An Prüfungen kann nur teilnehmen, wer zum Zeitpunkt der Prüfung an der Hochschule Trier eingeschrieben ist.

(2) Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle legt die Prüfungstermine fest und bestimmt die Fristen für die Meldung, für den Rücktritt von der Meldung und ggf. für den Antrag auf Zulassung mit den dazugehörigen erforderlichen Unterlagen.

(3) Die Studierenden müssen sich zu allen Prüfungen selbstständig innerhalb der jeweils während des aktuellen Semesters geltenden Anmeldefristen (Ausschlussfristen) innerhalb des hochschuleigenen elektronischen Prüfungsverwaltungssystems anmelden sowie abmelden. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(4) Bei der jeweiligen Meldung bzw. dem jeweiligen Antrag beim zentralen Prüfungsamt des jeweiligen Hochschulstandortes erklären die Studierenden, ob sie seit der Einschreibung an der Hochschule Trier in einem Studiengang innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine Prüfung endgültig nicht bestanden haben.

(5) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Studierenden in einem Bachelor-Studiengang "Umwelt- und Betriebswirtschaft" oder in einem gleichartigen Studiengang oder insgesamt in zwei Studiengängen an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland den Prüfungsanspruch verloren haben oder wenn Studierende wegen der

Anrechnung von Fehlversuchen gem. § 16 Abs. 1 Satz 2 und 3 keine Möglichkeit mehr zur Erbringung von Prüfungsleistungen haben, die für das Bestehen der Bachelor-Prüfung erforderlich sind.

(6) Ist es nicht möglich, die Unterlagen in der vorgeschriebenen Weise zu erbringen, kann der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle gestatten, den Nachweis auf andere Weise zu führen.

§ 7 Module, Vergabe von Leistungspunkten (ECTS), Arten der Prüfungsleistungen, Fristen

(1) Module werden mit einer Prüfungsleistung abgeschlossen. Eine Prüfungsleistung besteht in der Regel aus einer benoteten studienbegleitenden Prüfung. Leistungspunkte (ECTS) werden in der Regel auf der Grundlage des Abschlusses eines Moduls vergeben.

(2) Prüfungsleistungen werden in

1. mündlichen Prüfungen gemäß §§ 9 und 13,
2. schriftlichen Prüfungen gemäß § 10,
3. Projektarbeiten gemäß § 11,
4. der Abschlussarbeit gemäß § 12

erbracht.

(3) Die Form und die Bearbeitungszeit der Prüfungsleistung (z. B. Klausur, Kolloquium, Projektpräsentation, Seminar- und Hausarbeit, Praktikums-/Laborleistung, Referat oder mündliche Prüfung oder eine Kombination davon) werden durch die jeweiligen Lehrenden zu Beginn des Semesters bekannt gegeben. Werden dabei mehrere Prüfungsformen kombiniert, ist die Gewichtung der einzelnen Prüfungsformen bekanntzugeben.

(4) Prüfungsleistungen gemäß §§ 9 bis 12 werden in der Regel innerhalb von sechs Wochen bewertet. Die Abschlussarbeit ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen zu bewerten. Die Bewertung wird in geeigneter Weise bekanntgegeben. Die Bekanntgabe kann auch in elektronischer Form innerhalb des hochschuleigenen Prüfungsverwaltungssystems erfolgen.

(5) Machen Studierende glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung nicht in der Lage sind, Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, gestattet der Prüfungsausschuss, die Prüfungsleistung innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen. Voraussetzung ist ein Antrag des Studierenden an den Prüfungsausschuss, in dem die Art der Behinderung glaubhaft gemacht werden muss. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen Attests verlangt werden.

(6) Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle sorgt dafür, dass den Studierenden die Prüfungstermine spätestens 4 Wochen vor Ende der Vorlesungszeit bzw. mindestens 4 Wochen vor dem jeweiligen Prüfungstermin bekannt gegeben werden.

§ 8 Studienleistungen

(1) Der erfolgreiche Abschluss von Studienleistungen kann – nach den Regeln zur Prüfungsbelastung der Kultusministerkonferenz – Zulassungsvoraussetzung für die Erbringung von Prüfungsleistungen sein oder für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls vorausgesetzt werden.

(2) Eine Studienleistung ist eine von einer/einem Prüfenden bewertete individuelle Leistung. Sie kann beispielsweise in Form von Referaten, Hausarbeiten, Protokollen, Testaten, Klausurarbeiten, Prüfungsgesprächen, Kolloquien, Projektarbeiten, praktischen Übungen, Vorträgen oder Präsentationen oder einer Kombination davon, erbracht werden. Werden dabei mehrere Formen kombiniert, muss die Gewichtung der einzelnen Prüfungsteile bekannt gegeben werden. Teilnahmebescheinigungen sind keine Studienleistungen.

(3) Studienleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Anlage 1 weist die Module mit der jeweiligen Bezeichnung und der Anzahl der zu erbringenden Studienleistungen aus. Anlage 1 weist die Module aus, die nur mit einer Studienleistung abschließen.

(4) Ihre Form und der Zeitpunkt ihrer Erbringung werden durch die/den jeweilig Lehrende bzw. Lehrenden zu Beginn der Veranstaltung oder des Moduls bekannt gegeben.

(5) Eine Bewertung von Studienleistungen erfolgt in der Regel innerhalb von 4 Wochen.

§ 9 Mündliche Prüfungen

(1) In mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie über ein breites und integriertes Wissen, einschließlich der wissenschaftlichen Grundlagen, der praktischen Anwendung des Prüfungsgebietes sowie über ein kritisches Verständnis der wichtigsten Theorien und Methoden verfügen. Durch mündliche Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Studierenden komplexe fachbezogene Probleme und Lösungen gegenüber Fachleuten argumentativ vertreten und mit ihnen weiterentwickeln können.

(2) Mündliche Prüfungen werden von mehreren Prüfenden oder von einer bzw. einem Prüfenden in Gegenwart einer oder eines bzw. mehrerer sachkundiger Beisitzenden gemäß § 5 Abs. 3

abgenommen. Mündliche Prüfungen sind Einzelprüfungen oder Gruppenprüfungen. An Gruppenprüfungen dürfen nicht mehr als drei Studierende teilnehmen.

(3) Sofern in dieser Ordnung nichts anderes bestimmt ist, dauern mündliche Prüfungen in der Regel 30 Minuten. Gruppenprüfungen dauern mindestens 15 Minuten je Studierender bzw. Studierendem.

(4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einer Niederschrift für die einzelnen Studierenden festzuhalten. Die Anfertigung der Niederschrift in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Die Prüfenden hören vor der Festsetzung der Note gemäß § 14 die Beisitzenden. Das Ergebnis ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(5) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen und Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die zu Prüfenden haben spätestens bis zum Beginn der Prüfung widersprochen.

(6) Auf Antrag von Studierenden kann die/der Gleichstellungsbeauftragte des Senats oder die/der Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereichs sowie die/der Beauftragte des Senats für die Belange Studierender mit Behinderungen an mündlichen Prüfungen teilnehmen.

§ 10 Schriftliche Prüfungen

(1) In schriftlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie über ein breites und integriertes Wissen, einschließlich der wissenschaftlichen Grundlagen, der praktischen Anwendung des Prüfungsgebietes sowie über ein kritisches Verständnis der wichtigsten Theorien und Methoden verfügen. Durch schriftliche Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Studierenden in begrenzter Zeit Probleme erkennen und mit fachspezifischen Methoden Lösungen entwickeln können.

(2) Klausuren dauern in der Regel zwischen 45 und 240 Minuten.

(3) Hausarbeiten sind Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten. Die Arbeitsbelastung beträgt nicht mehr als zwei Drittel der ausgewiesenen studentischen Arbeitsbelastung des jeweiligen Moduls. Bei Gruppenarbeiten muss der zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein.

(4) Schriftliche Prüfungen werden von den in § 5 Abs. 2 genannten Personen bewertet. § 7 Abs. 4 gilt entsprechend.

(5) Prüfungen nach dem Antwortwahlverfahren werden entsprechend der Ordnung zur Regelung von Prüfungen im Multiple-Choice-Verfahren der Hochschule Trier in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.

§ 11 Projektarbeiten

(1) Durch Projektarbeiten wird die Fähigkeit zur Entwicklung, Realisierung und Präsentation von Projekten nachgewiesen. Hierbei sollen die Studierenden nachweisen, dass sie Ziele definieren sowie Problemlösungen und Konzepte erarbeiten können. Projektarbeiten umfassen eine schriftliche Ausarbeitung und sollten interdisziplinären Charakter haben.

(2) Der Bearbeitungszeitraum einschl. der schriftlichen Ausarbeitung beträgt maximal 18 Wochen. § 10 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend.

(3) Projektarbeiten sind Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten. Bei Gruppenarbeiten muss der zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein.

(4) Projektarbeiten werden von den in § 5 Abs. 2 genannten Personen bewertet. § 7 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 12 Abschlussarbeit

(1) Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass die Studierenden in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Fachproblem selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Eine interdisziplinäre Abschlussarbeit in Verbindung mit den Fachgebieten des Studiengangs ist möglich.

(2) Der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle sorgt dafür, dass die Studierenden ein Thema für die Abschlussarbeit durch eine vom Prüfungsausschuss zu benennende betreuende Person erhalten. Dabei ist den Studierenden Gelegenheit zu geben, Vorschläge zu machen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Bachelor-Thesis müssen so gestellt sein, dass die Bearbeitungszeit entsprechend 12 Leistungspunkte (ECTS) eingehalten werden kann. Betreuende der Abschlussarbeit geben das Thema der Abschlussarbeit über das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses aus. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

(3) Der Bearbeitungszeitraum beträgt bis zu neun Wochen. Er beginnt mit der Ausgabe des Themas. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss

auf begründeten Antrag den Bearbeitungszeitraum um bis zu vier Wochen verlängern. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels des Bearbeitungszeitraums zurückgegeben werden, die Bearbeitung eines neuen Themas ist dann innerhalb von vier Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas anzumelden.

(4) Die Abschlussarbeit kann auch als Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

(5) Die Abschlussarbeit ist fristgemäß beim vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses oder bei der vom Prüfungsausschuss zu bestimmenden Stelle abzuliefern. Form und Anzahl der abzugebenden Exemplare legt der Prüfungsausschuss fest. Bei der Abgabe haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie ihre Arbeit bei einer Gruppenarbeit ihren entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Ist die Abschlussarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt sie als nicht bestanden. Bei Nichtbestehen erhalten die Studierenden einen schriftlichen Bescheid, der sie gleichzeitig darüber informiert, ob und bis wann eine weitere Wiederholung der Abschlussarbeit möglich ist.

(6) Die Abschlussarbeit ist von mindestens zwei Personen, die gemäß § 5 Abs. 2 als Prüfende zugelassen sind, zu bewerten. Eine der beiden Personen soll die Arbeit betreut haben. Eine der beiden Personen muss prüfungsberechtigte Person des Fachbereichs Umweltwirtschaft/ Umweltrecht gemäß § 5 Abs. 2 sein.

§ 13 Kolloquium über die Abschlussarbeit

(1) Die Studierenden präsentieren ihre mit mindestens „ausreichend“ bewertete Abschlussarbeit in einem Kolloquium von in der Regel 30 Minuten Dauer. Dabei wird der Inhalt der Abschlussarbeit im Kontext des Bachelor-Studiengangs „Umwelt- und Betriebswirtschaft“ hinterfragt. Die Präsentation findet vor einer Prüfungskommission statt. Dieser gehören an:

1. die oder der Prüfende der Abschlussarbeit gemäß § 12 Abs. 6 und mindestens eine weitere prüfende Person gem. § 5 Abs. 2, oder
2. die oder der Prüfende der Abschlussarbeit und ein weiteres, vom Prüfungsausschuss zu bestimmendes, sachkundiges beisitzendes Mitglied. § 9 Abs. 4 bis 6 gelten entsprechend.

§ 14 Bewertung der Prüfungsleistungen, Ermittlung von Modulergebnissen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1	= sehr gut	= eine hervorragende Leistung
2	= gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
3	= befriedigend	= eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4	= ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5	= nicht ausreichend bzw. nicht bestanden	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht genügt

Zur differenzierten Bewertung einer Prüfungsleistung können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte angehoben oder abgesenkt werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(2) Wird eine Prüfungsleistung durch mehrere Prüfende bewertet, errechnet sich die Note aus dem einfachen Durchschnitt der Noten der einzelnen Bewertungen.

(3) Modulergebnis ist die Note der zugehörigen Prüfungsleistung. Sind einem Modul mehrere Prüfungsleistungen zugeordnet, muss jede Prüfungsleistung mit mindestens ausreichend (4,0) bewertet sein. Das Ergebnis des Moduls ist dann der mit den Leistungspunkten (ECTS) gewichtete Mittelwert der Noten der jeweiligen Prüfungsleistungen. Vom gebildeten Mittelwert wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Der gebildete Mittelwert wird auf die zulässigen Noten gemäß § 14 Abs. 1 gerundet. Ist die letzte Stelle des Mittelwerts die Ziffer 5, wird diese abgerundet.

(4) Die Noten nach Absatz 2 und die Gesamtnote (§ 19 Abs. 1) werden wie folgt gebildet:

bis einschließlich 1,5	= sehr gut
von 1,6 bis einschließlich 2,5	= gut

von 2,6 bis einschließlich 3,5 = befriedigend

von 3,6 bis einschließlich 4,0 = ausreichend

ab 4,1 = nicht ausreichend.

(5) Für die Umrechnung der Noten in die ECTS-Bewertungsskala und umgekehrt gelten die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz in der jeweils gültigen Fassung.

(6) Wurde eine Prüfungsleistung mit mindestens „ausreichend“ gemäß Abs. 1 bewertet, werden die entsprechenden Leistungspunkte (ECTS) gemäß Anlage 1 vergeben.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet, wenn Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheinen oder wenn sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktreten. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für das Versäumnis eines Prüfungstermins oder für den Rücktritt nach Beginn einer Prüfung geltend gemachten Gründe müssen dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses oder bei der vom Prüfungsausschuss benannten Stelle unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit ist das Attest unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, spätestens bis zum dritten Werktag nach dem Prüfungstermin bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses oder bei der vom Prüfungsausschuss zu bestimmenden Stelle vorzulegen. Das Attest muss die Prüfungsunfähigkeit erkennen lassen. Die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes kann verlangt werden. Der Krankheit von Studierenden steht die Krankheit eines von ihnen allein zu versorgenden Kindes gleich. Werden die Gründe anerkannt, ist der nächstmögliche Prüfungstermin wahrzunehmen. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versuchen Studierende, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet. Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von den jeweils Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet. Prüfungsleistungen, die im ersten Versuch

wegen Täuschungen oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens für nicht bestanden erklärt wurden, können nur einmal wiederholt werden. Prüfungsleistungen, die im zweiten Versuch wegen Täuschung oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhalten für nicht bestanden erklärt wurden, führen zu einem Verlust des Prüfungsanspruches im Bachelor-Studiengang, für den diese Prüfungsordnung gilt.

(4) Die Abschlussarbeit gilt als nicht bestanden, wenn sie ganz oder in wesentlichen Teilen nicht durch den Studierenden selbst verfasst wurde (Plagiat). Eine Wiederholung nach § 17 Abs. 4 kann dann ausgeschlossen werden. Zur Beurteilung, ob ein Plagiat vorliegt, ist ein weiterer Prüfer hinzuzuziehen. Die oder der Betroffene ist vor der Entscheidung zu hören. Über den Ausschluss der Wiederholung nach § 17 Abs. 4 entscheidet der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle.

(5) Entscheidungen nach Abs. 3 und 4 sind vom Prüfungsausschuss bzw. der von ihm zu bestimmenden Stelle den Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 16 Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen

(1) Die Bachelor-Prüfung ist bestanden, wenn alle geforderten Module nach Anlage 1 mit mindestens "ausreichend" bzw. „bestanden“ bewertet wurden und der Nachweis über die praktische Vorbildung gemäß § 3 Abs. 1 vorliegt. Die Bachelor-Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholungsmöglichkeiten der Prüfungsleistungen (§ 17 Abs. 1 und 2) erfolglos ausgeschöpft wurden. Prüfungsleistungen, zu denen sich die Studierenden spätestens 4 Semester, nachdem diese Prüfungen gemäß Anlage 1 vorgesehen sind, nicht angemeldet haben, gelten als erstmals nicht bestanden.

(2) Bei Verlust des Prüfungsanspruches erhalten die Studierenden einen schriftlichen Bescheid, der gleichzeitig Auskunft über den Studiengang gibt, in dem der Verlust des Anspruchs auf Prüfungen stattgefunden hat.

(3) Haben Studierende eine Prüfungsleistung endgültig nicht erbracht, wird ihnen auf Antrag eine zusammenfassende Bescheinigung über die erbrachten Prüfungsleistungen ausgestellt. Die Ausstellung dieser Bescheinigung in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 17 Wiederholung von Prüfungsleistungen und Abschlussarbeit

(1) Prüfungsleistungen außer der Abschlussarbeit und dem Kolloquium, die nicht mindestens gemäß § 14 mit „ausreichend“ bewertet worden sind, können zweimal wiederholt werden. Nicht bestandene Prüfungen in dem gewählten Studiengang an einer anderen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland sind als Fehlversuche auf die zulässige Zahl der Wiederholungsprüfungen anzurechnen. Als Fehlversuche anzurechnen sind ferner nicht bestandene Prüfungsleistungen in Modulen oder Prüfungsgebieten eines anderen Studiengangs an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland, die den in Satz 2 genannten Studiengängen im Wesentlichen entsprechen, soweit für deren Bestehen gleichwertige Anforderungen gestellt wurden. Die Gleichwertigkeit wird gemäß § 18 Abs. 4 festgestellt.

(2) Die Wiederholungsprüfungen sind spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des übernächsten Semesters abzulegen. Für Studierende einer ausländischen Partnerhochschule kann die Wiederholungsprüfung im gleichen Semester erfolgen, wenn diese Studierenden zum Zeitpunkt der Wiederholungsprüfung nicht mehr eingeschrieben sein werden. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle.

(3) Die Wiederholung einer im ersten Versuch bestandenen Prüfungsleistung ist zur Notenverbesserung einmal zum jeweils nächsten Prüfungstermin zulässig. Wird eine Notenverbesserung nicht erreicht, bleibt die im ersten Prüfungsversuch erzielte Note gültig. Für die Abschlussarbeit sowie für das Kolloquium über die Abschlussarbeit ist eine Wiederholung zur Notenverbesserung nicht zulässig.

(4) Eine nicht bestandene Abschlussarbeit sowie das dazugehörige Kolloquium kann nur einmal wiederholt werden. Eine nicht bestandene Abschlussarbeit muss innerhalb von vier Wochen nach Datum des Bescheids über das Nichtbestehen mit einem neuen Thema angemeldet werden.

(5) Das Verfahren zur Ableistung von Wahlpflichtmodulen regelt der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle.

§ 18 Anrechnung von Studienzeiten, und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Leistungspunkte (ECTS) und Prüfungsleistungen, die in gleichen und fachlich verwandten Studiengängen an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland erworben wurden, werden anerkannt. Die Anerkennung erfolgt von Amts wegen. Die Verantwortung für

die Bereitstellung hinreichender Informationen zur Anerkennung obliegt in erster Linie der antragstellenden Person, die diese Informationen bis zum Abschluss des ersten Studienseesters zur Verfügung stellt.

(2) Studienzeiten, Leistungspunkte und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist.

(3) Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Leistungspunkten (ECTS) und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, gilt entsprechendes. Insoweit sind ergänzend die rechtlichen Anforderungen des „Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 11. April 1997 über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“ vom 16. Mai 2007 sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(4) Gleichwertigkeit stellt das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses oder eine von ihm beauftragte Stelle fest. Die Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn in einer Überprüfung von Studienzeiten, Leistungspunkten (ECTS) und Prüfungsleistungen in den Lernergebnissen und/oder in der Struktur von Lehrveranstaltungen oder Studienprogrammen, in der Qualität sowie in der unterschiedlichen akademischen und berufsrechtlichen Berechtigung keine wesentlichen Unterschiede feststellbar sind. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.

(5) Die Anerkennung von Studienzeiten, Leistungspunkte (ECTS) und Prüfungsleistungen, die im Rahmen von fachlich nicht-verwandten Studiengängen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sowie von Studiengängen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, erfordert eine Antragstellung durch die Studierenden, die dazu die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen haben. Eine entsprechende Antragstellung samt Vorlage der insoweit erforderlichen Unterlagen hat bis zum Abschluss des ersten Studienseesters zu erfolgen. Die Beweislast, dass ein Antrag nicht den Anforderungen des Absatzes 2 entspricht, liegt bei der Hochschule Trier.

(6) Für Studienzeiten, Leistungspunkte (ECTS) und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien, Auslandsseestern sowie für Studien- und Prüfungsleistungen von Frühstudierenden gelten die Abs. 1 und 2 entsprechend; Abs. 2 gilt außerdem für Studienzeiten, Leistungspunkte (ECTS) und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien sowie an Fach- und Ingenieurschulen und Offiziers-

hochschulen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

(7) Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene gleichwertige Kenntnisse und Qualifikationen werden in der Regel bis zur Hälfte des Hochschulstudiums anerkannt.

(8) Sofern Leistungspunkte (ECTS) und Prüfungsleistungen anerkannt werden, werden Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Im Zeugnis wird eine Kennzeichnung der Anerkennung vorgenommen.

II. Bachelorprüfung

§ 19 Umfang und Art der Bachelorprüfung

- (1) Die Bachelorprüfung besteht aus
1. der Abschlussarbeit,
 2. den studienbegleitenden Prüfungsleistungen der Module, die in der Anlage 1 dieser Prüfungsordnung aufgeführt sind,
 3. dem Kolloquium über die Abschlussarbeit.

§ 20 Zulassungsvoraussetzungen für die Abschlussarbeit

(1) Die Studierenden können sich frühestens nach Erreichung von 120 Leistungspunkten (ECTS) gemäß § 12 zur Abschlussarbeit anmelden. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle. Die Studierenden haben dafür Sorge zu tragen, dass sie sich spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe des Erwerbs von 165 Leistungspunkten (ECTS) gemäß § 12 zur Abschlussarbeit anmelden. Die Bekanntgabe erfolgt über das hochschuleigene elektronische Prüfungsverwaltungssystem. Erfolgt die Anmeldung zur Abschlussarbeit nicht fristgemäß, gilt sie als erstmalig nicht bestanden.

(2) Der Anmeldung zur Abschlussarbeit ist der Nachweis über die praktische Vorbildung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 beizufügen.

§ 21 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis, Diploma-Supplement

(1) Gemäß § 14 wird aus dem Mittelwert der nach der Anzahl der ECTS-Punkte gewichteten Noten der Prüfungsleistungen sowie der Note der Abschlussarbeit die Gesamtnote gebildet. Die gemittelte Note der Prüfungsleistungen wird dabei vierfach gewichtet. Die Note für die Abschlussarbeit setzt sich aus der Bewertung der schriftlichen Abschlussarbeit und dem Kolloquium zusammen, wobei die schriftliche Arbeit dreifach gewichtet wird. § 14 Abs. 2, 3 und 4 gelten entsprechend.

Bei überragenden Leistungen (Gesamtnote 1,5 und besser) wird das Gesamturteil „Mit Auszeichnung“ bestanden erteilt.

(2) Über die bestandene Bachelorprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält

1. Name des Bachelorstudiengangs,
2. Thema und Note der Abschlussarbeit,
3. Bezeichnung und Ergebnis der Module,
4. Gesamtnote gemäß Abs. 1.

(3) Auf Antrag der Studierenden wird

1. die bis zum Abschluss der Bachelorprüfung benötigte Fachstudiendauer und
2. eine Auflistung der außerhalb der Anlage 1 bestandenen zusätzlichen Studien- und Prüfungsleistungen

in einen Anhang zum Zeugnis aufgenommen.

(4) Das Zeugnis ist von dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem die Studierenden die letzte Leistung erbracht haben.

(5) Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem "Diploma Supplement Modell" von Europäischer Union/Europarat/Unesco in deutscher und englischer Sprache aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils gültigen Fassung zu verwenden.

(6) Auf Antrag der Studierenden soll die Hochschule zusätzlich zur Ausstellung des Diploma-Supplements Übersetzungen der Urkunde, des Zeugnisses und ggf. des Anhangs zum Zeugnis in englischer Sprache aushändigen.

(7) Die Ausstellung des Diploma-Supplements und des Zeugnisses in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 22 Urkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird die Bachelor-Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades "Bachelor of Arts (B. A.)" beurkundet.

(2) Die Bachelor-Urkunde wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Hochschule Trier und dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule Trier versehen.

(3) § 21 Abs. 6 und 7 gelten entsprechend.

III. Schlussbestimmungen

§ 23 Ungültigkeit der Bachelorprüfung

(1) Haben Studierende bei einer Prüfung getäuscht, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären. Satz 1 gilt auch, wenn die Täuschungstatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt wird.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Den Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Wird aufgrund einer Entscheidung nach Abs. 1 oder 2 die Note einer Prüfung abgeändert oder eine Prüfung als "nicht bestanden" erklärt, ist das unrichtige Prüfungszeugnis einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Entsprechendes gilt für die Bachelor-Urkunde.

(5) Prüfungsunterlagen werden, soweit dem Prüfungsergebnis nicht widersprochen wird, zwei Jahre nach dem Abschluss der Bachelorprüfung aufbewahrt. Soweit dem Prüfungsergebnis widersprochen wurde, müssen Prüfungsunterlagen über den in Satz 1 genannten Zeitraum hinaus aufbewahrt werden, bis das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

§ 24 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Die Studierenden können sich vor Abschluss ihrer Prüfung über Teilergebnisse unterrichten.

(2) Innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Ergebnisses der jeweiligen Prüfung wird den Studierenden Einsicht in ihre Prüfungsakten gewährt.

§ 25 Inkrafttreten

Die Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Veröffentlichungsverzeichnis der Hochschule Trier „publicus“ in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden mit einem Studienbeginn ab dem Wintersemester 2013/2014. § 26 gilt entsprechend.

§ 26 Außerkrafttreten der bisherigen Prüfungsordnung und Übergangsvorschriften

Die Außerkraftsetzung der bisherigen Prüfungsordnung sowie Übergangsbestimmungen sind gesondert in der Ordnung zur Aufhebung der Ordnungen für die Bachelorprüfung im Studiengang „Umwelt- und Betriebswirtschaft (B.A.)“ an der Hochschule Trier vom 06.12.2013 festgelegt.

Birkenfeld, den 06.12.2013

gez.: Prof. Dr. Klaus Helling
Dekan des Fachbereiches Umweltwirtschaft/Umweltrecht der Hochschule Trier

Anlage 1

Curriculum Bachelor-Studiengang "Umwelt- und Betriebswirtschaft"

1. Semester		2. Semester		3. Semester		4. Semester			5. Semester			6. Semester	
M1	Grundlagen nachhaltiges Wirtschaften und Umweltmanagement 4 SWS/ 5 ECTS	M7	Grundlagen Umwelttechnik und regionales Stoffstrommanagement 4 SWS/ 5 ECTS	M14	Ökologische Ökonomik 4 SWS/ 5 ECTS	M19	Green Tech I: Märkte und Geschäftsmodelle 4 SWS/ 5 ECTS	M23	Vertiefung Marketing 4 SWS/ 5 ECTS	M32	Nachhaltige Wirtschaftspolitik 4 SWS/ 5 ECTS	M34	Freies Wahlpflichtfach 4 SWS/ 5 ECTS
M2	Ökosysteme und erneuerbare Energien 4 SWS/ 5 ECTS	M8	Investition und Finanzierung 4 SWS/ 5 ECTS	M15	Nachhaltige Unternehmensführung und betriebliches Stoffstrommanagement 4 SWS/ 5 ECTS	M20	Green Tech II: Industrial Ecology und nachhaltige Techniksyste 4 SWS/ 5 ECTS	M24	Operations Research und Logistik 4 SWS/ 5 ECTS	M33	Umweltpolitik 4 SWS/ 5 ECTS	M35	Zweite Fremdsprache 4 SWS/ 5 ECTS
M3	Grundlagen Betriebswirtschaftslehre und Rechnungswesen 4 SWS/ 5 ECTS	M9	Kostenrechnung und Kostenmanagement 4 SWS/ 5 ECTS	M16	Grundlagen des Marketing 4 SWS/ 5 ECTS	M21	Green Transformation I: Changemanagement und nachhaltige Beschaffung 4 SWS/ 5 ECTS	M25	Finanzmanagement 4 SWS/ 5 ECTS	M36	Personalmanagement sowie Präsentation und Kommunikation 4 SWS/ 5 ECTS		
M4	Grundlagen Volkswirtschaftslehre 4 SWS/ 5 ECTS	M10	Bürgerliches Recht sowie Handels- und Gesellschaftsrecht 4 SWS/ 5 ECTS	M17	Betriebliche Steuern und Bilanzierung 6 SWS/ 8 ECTS	M22	Green Transformation II: Klimaschutzmanagement und Nachhaltigkeitsmanagement 4 SWS/ 5 ECTS	M26	Controlling 4 SWS/ 5 ECTS	M37	Praxisorientiertes Arbeiten 4 SWS/ 5 ECTS		
M5*	Mathematische Methoden in der Wirtschaftswissenschaft 4 SWS/ 5 ECTS	M11	Statistik und Marktforschung 4 SWS/ 5 ECTS	M18	Hauptseminar Umwelt- und Betriebswirtschaft 4 SWS/ 5 ECTS	M27	Hauptseminar in englischer Sprache 4 SWS/ 5 ECTS			M38	Bachelor-Thesis und Kolloquium 12 SWS/ 15 ECTS		
M6	Wirtschaftsinformatik und Standardssoftware 4 SWS/ 5 ECTS	M12	Proseminar 2 SWS/ 3 ECTS		M28	Öffentliches Recht und Umweltrecht 4 SWS/ 5 ECTS			M31	Begleitende Lehrveranstaltung zur Praxisphase und zum Auslandssemester 4 SWS/ 5 ECTS			
		M13	Englisch 4 SWS/ 4 ECTS										

Wahlpflichtfach: im 4. und 6. Semester sind insg. 5 Wahlpflichtfächer auszuwählen

Wenn die Module M19 + M20 belegt werden, wird der Schwerpunkt "Green Tech" ausgewiesen.

Wenn die Module M21 + M22 belegt werden, wird der Schwerpunkt "Green Transformation" ausgewiesen.

Wenn die Module M23 + M24 belegt werden, wird der Schwerpunkt "Marketing und Logistik" ausgewiesen.

Wenn die Module M25 + M26 belegt werden, wird der Schwerpunkt "Finanzmanagement und Controlling" ausgewiesen.

Wenn die Module M32 + M33 belegt werden, wird der Schwerpunkt "Nachhaltige Volkswirtschaftslehre" ausgewiesen.

Freies Wahlpflichtfach: Kann aus den am Umwelt-Campus Birkenfeld angebotenen Bachelor-Studiengängen gewählt werden.

* Grau unterlegte Modulnummern kennzeichnen Module, die ohne eine bewertete Prüfungsleistung abschließen.

Im Modul M5 ist eine Studienleistung gemäß § 8 (1) zu erbringen.

Sowie: Uniformullierung des Moduls M5 von "Mathematische Methoden in der Wirtschaftswissenschaft".

**Ordnung zur Aufhebung der Ordnungen für
die Bachelorprüfung im Studiengang
„Umwelt- und Betriebswirtschaft (B.A.)“
an der Hochschule Trier
vom 06.12.2013**

Auf Grund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167; BS 223-41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht der Hochschule Trier am 22.05.2013 die folgende Ordnung zur Aufhebung der Ordnung für die Bachelorprüfung im Studiengang Umwelt- und Betriebswirtschaft beschlossen. Sie wurde vom Senat der Hochschule Trier am 30.10.2013 sowie vom Präsidenten der Hochschule Trier am 21.11.2013 genehmigt.

Sie wird hiermit bekannt gemacht.

§ 1 Außerkrafttreten der bisherigen Prüfungsordnung

Die Ordnung für die Bachelorprüfung im Studiengang Umwelt- und Betriebswirtschaft vom 07. Mai 2007 (StAnz. Nr. 19 vom 11. Juli 2007, S. 798 ff), geändert durch Änderungsordnung vom 27.07.2007 (StAnz. Nr. 34 vom 17. September 2007, S. 1395 ff), sowie geändert durch Änderungsordnung vom 31.08.2011 (publicus Nr. 7 vom 22.12.2011, S. 110-113), zuletzt geändert durch Änderungsordnung vom 01.03.2012 (publicus Nr. 2 vom 15.03.2012, S. 44-46), wird hiermit aufgehoben.

§ 2 Übergangsvorschriften

(1) Studierende, die vor dem In-Kraft-Treten dieser Ordnung im Studiengang Umwelt- und Betriebswirtschaft eingeschrieben waren, können das Studium nach der in § 1 genannten Ordnung, einschließlich der dort genannten Änderungsordnungen innerhalb der Regelstudienzeit zuzüglich einer Frist von zwei Semestern beenden. In Härtefällen kann der Prüfungsausschuss die Fristen verlängern.

(2) Studierende nach Abs. 1 können den Wechsel vom Bachelor-Studiengang Umwelt- und Betriebswirtschaft in den entsprechenden Bachelor-Studiengang beantragen. Dabei werden gleichwertige Prüfungsleistungen, die bereits erbracht wurden, angerechnet. Der Antrag ist unwiderruflich.

(3) Studierende nach Abs. 1, die nach Ablauf der dort genannten Frist das Bachelorstudium noch nicht abgeschlossen haben, beantragen den Wechsel in den entsprechenden Bachelor-Studiengang Umwelt- und Betriebswirtschaft.

Dabei werden Studienzeiten sowie gleichwertige Prüfungsleistungen, die bereits erbracht wurden, angerechnet. Der Antrag ist unwiderruflich.

(4) Einzelheiten des Übergangs regelt der Prüfungsausschuss.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Veröffentlichungsverzeichnis „publicus“ der Hochschule Trier in Kraft.

Birkenfeld, den 06.12.2013

gez.: Prof. Dr. Klaus Helling
Dekan des Fachbereiches Umweltwirtschaft/Umweltrecht der Hochschule Trier

**1. Ordnung zur Änderung
der Prüfungsordnung für den englisch-
sprachigen Weiterbildungsstudiengang
„International Material Flow Management
Master of Engineering (M.Eng.)“
des Fachbereichs Umweltwirtschaft / Umwelt-
recht der Hochschule Trier, Standort
Umwelt-Campus Birkenfeld
vom 06.12.2013**

Auf Grund des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 21.07.2003 (GVBl.2003, S. 167, BS 223-41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157) hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht der Hochschule Trier, Standort Umwelt-Campus Birkenfeld am 23.10.2013 die folgende Änderung der Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „International Material Flow Management“ (M.Eng.), vom 28. September 2009, veröffentlicht am 19. Oktober 2009 (Staatsanzeiger Nr. 39, Seite 1876 f, Az.: 9526-1 Tgb Nr.: 3181/08) an der Hochschule Trier, Standort Birkenfeld beschlossen. Diese Änderung hat der Senat der Hochschule Trier am 30.10.2013 sowie der Präsident der Hochschule Trier am 21.11.2013 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Artikel 1

§ 3 Abs. 2, Nr. 1 wird ersetzt durch:

1. drei Professorinnen oder Professoren des Studiengangs

Artikel 2

§ 5 Abs. 2 wird ersetzt durch:

a) Das Lehrangebot erstreckt sich über vier Semester. Das Lehrangebot wird in der Regel im ersten und zweiten Semester an der ausländischen IMAT-Partnerhochschule und im dritten und vierten Semester an dem deutschen Hochschulstandort unterrichtet. Eine Einschreibung am deutschen Hochschulstandort erfolgt in der Regel ab dem dritten Fachsemester.

b) Das Studium ist vollständig modularisiert und umfasst Lehrveranstaltungen des Pflicht- und des Wahlpflichtbereichs sowie Lehrveranstaltungen nach freier Wahl der Studierenden. Der Umfang der für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen im Pflicht- und Wahlpflichtbereich beträgt 120 ECTS-Punkte. Die Zuordnung von ECTS-Punkten zu den Fachgebieten regelt die Anlage 1.

Artikel 3

§ 6 Abs. 1, Nr. 1 wird ersetzt durch:

1. drei Professorinnen oder Professoren des Studiengangs

Artikel 4

§ 9 Abs. 3, S. 4 und S. 5 werden ersetzt durch:

Eine bestandene Prüfungsleistung kann einmal zur Notenverbesserung zum jeweils nächsten Prüfungstermin wiederholt werden. Wird eine Notenverbesserung nicht erreicht, bleibt die im ersten Prüfungsversuch erzielte Note gültig.

Artikel 5

§ 13 Abs. 7 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Master-Thesis kann einmal wiederholt werden. Wird die Master-Thesis mit „nicht ausreichend“ bewertet, so erhalten die Studierenden einen schriftlichen Bescheid über das Nicht-Bestehen und die Master-Thesis muss innerhalb von acht Wochen nach Datum des Bescheides mit neuem Thema angemeldet werden. Andernfalls gilt die Master-Thesis und damit die Master-Prüfung als endgültig nicht bestanden.

Artikel 6

§ 14, Bewertung und Kolloquium über die Master-Thesis Abs. 2, wird gestrichen (Anm: Regelung ist in § 15 Abs. 2 enthalten)

~~Textauszug alte PO: „Bei nicht übereinstimmender Beurteilung entscheidet das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses nach Anhörung der beiden Prüfenden. Bei abweichender Bewertung um mindestens zwei Noten wird ein dritter Prüfender bestellt. Die Note wird dann aus dem Durchschnitt der einzelnen Benotungen ermittelt.“~~

Artikel 7

§ 16 Abs. 2. wird wie folgt geändert:

Die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsleistungen werden in elektronischer Form bekannt gegeben. Bei Verlust des Prüfungsanspruchs erhalten die Studierenden einen schriftlichen Bescheid.

Artikel 8

§ 18 Abs. 3, S.4 wird hinzugefügt:

Bei überragenden Leistungen gemäß § 15 Abs 1 (Gesamtnote bis 1,3) kann das Gesamturteil „Mit Auszeichnung bestanden“ erteilt werden.

Artikel 9

§ 19 Abs. 5 wird hinzugefügt:

Prüfungsunterlagen werden, soweit dem Prüfungsergebnis nicht widersprochen wird, zwei Jahre nach dem Abschluss der Masterprüfung aufbewahrt. Soweit dem Prüfungsergebnis widersprochen wurde, müssen Prüfungsunterlagen über den in Satz 1 genannten Zeitraum hinaus aufbewahrt werden, bis das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

Artikel 10

§ 21 Freiversuch wird gestrichen

§§ 22 wird zu § 21

Artikel 11

Die (alte) Anlage 1 wird durch folgende (neue) Anlage 1 ersetzt:

Modules/Subjects	Semester 1			Semester 2			Semester 3			Semester 4		
	SWS	ECTS	Workload									
MODULE 1: ECOLOGY AND TECHNOLOGY	6	8	240									
1.1. Ecosystem Management: Principles and Problems in Natural Ecosystems	4											
1.2. Ecological Engineering and Environmental Technologies	2											
MODULE 2: REGIONAL MATERIAL FLOW MANAGEMENT	3	4	120	3	4	120						
2.1. Regional MFM - Part I:	3											
2.2. Regional MFM - Part II				3								
MODULE 3: INDUSTRIAL MATERIAL FLOW MANAGEMENT	3	4	120	3	4	120						
3.1. Industrial MFM - Part I:	3											
3.2. Industrial MFM - Part II:				3								
MODULE 4: TECHNOLOGY MANAGEMENT	2	2	60	2	4	120						
4.1. Technology Management Part I: Basic Aspects of Engineering in Man Made Systems	2											
4.2. Technology Management Part II: Pollution Prevention and Clean Technologies				2								
MODULE 5: MATERIAL FLOW MANAGEMENT RESEARCH PROJECT SEMINAR	4	6	180	4	6	180						
5.1. Business Planning for Engineers	2											
5.2. Material Flow Management Research Project Seminar - Part I: Theory on Project Development and Project Evaluation	2											
5.3. Material Flow Management Research Project Seminar - Part II: Practical Project Development				4								
MODULE 6: TECHNICAL ASPECTS OF DE-CARBONISING STRATEGIES	2	2	60	2	2	60						
6.1. Global Climate Change: Chemistry, Economics and Politics	2											
6.2. Greenhouse Gas Abatement Strategies and Carbon Trading				2								
MODULE 7: TECHNICAL ASPECTS AND SUFFICIENCY STRATEGIES	2	2	60	2	2	60						
7.1. Case Studies on Circular Economy, 3R's Society, Material Flow Society	2											
7.2. Technical Aspects Factor 10				2								
MODULE 8: INTERCULTURAL COMPETENCES	2	2	60	2	2	60						
8.1. Religion and Culture in Germany/ Country of the Partner University	2											
8.2. History and Society in Germany/ Country of the Partner University				2								
MODULE 9: MANAGING TECHNOLOGICAL CHANGES				2	2	60	2	2	60			
9.1. System Change Management				2								
9.2. Networking & Knowledge Management							2					
MODULE 10: PRACTICAL NATURAL SCIENCE FOR ENGINEERS							6	8	240			
10.1. Green Chemistry: Introduction in Laboratory Experience							3					
10.2. Environmental Physics for Engineers							3					
MODULE 11: SUSTAINABLE INFRASTRUCTURE TECHNOLOGIES							6	6	180			
11.1. Sustainable Waste Management							2					
11.2. Renewable Energy Systems							2					
11.3. Sustainable Water Management							2					
MODULE 12: SELECTIVES - SEMINARS IN APPLIED MATERIAL FLOW MANAGEMENT				4	4	120	4	6	180			
12.1. Seminar/ Specification				2								
12.2. Seminar/ Specification							2					
12.3. Seminar/ Specification							2					
12.4. Seminar/ Specification				2								
MODULE 13: INTERNSHIP							6	8	240			
Master-Thesis											30	900
Total	24	30	900	24	30	900	24	30	900		30	900

Artikel 12: Übergangsvorschriften

§ 24 Übergangsvorschriften wird hinzugefügt:

- (1) - § 3 Abs. 2, S. 2,
 - § 5 Abs. 2,
 - § 6 Abs. 1,
 - § 9 Abs. 3. S.4 und S.5,
 - § 13 Abs. 7,
 - § 14 Abs 2,
 - § 16 Abs. 2,
 - § 18 Abs. 3,
 - § 19 Abs. 5,

gilt in der geänderten Fassung für alle Studierende, die zum WS 2010/2011 oder später im Master-Studiengang „International Material Flow Management (M.Eng.)“ eingeschrieben werden.

(2) § 21 Freiversuch, gilt für alle Studierenden, die zum WS 2011/2012 oder später im Master-Studiengang „International Material Flow Management (M.Eng.)“ eingeschrieben werden

(3) Die neue Anlage 1 gilt für alle Studierenden, die zum WS 2010/2011 oder später im Master-Studiengang „International Material Flow Management (M.Eng.)“ eingeschrieben werden.

(4) Studierende die vor dem Inkrafttreten dieser Änderungsordnung im Master-Studiengang „International Material Flow Management (M.Eng.)“ eingeschrieben waren, können ihr Studium bis zum des Sommersemester 2013 (31.08.2013) nach der alten Anlage 1 beenden. Nach Ablauf dieser Frist können diese Studierenden ihr Studium nur noch nach der neuen Anlage 1 beenden. Ein Wechsel in das Curriculum der neuen Anlage 1 erfolgt dann von Amts wegen. Über Ausnahmen und Einzelheiten des Übergangs entscheidet der Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Stelle.

Artikel 13: Inkrafttreten

Diese Änderungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Veröffentlichungsverzeichnis der Hochschule Trier „publicus“ in Kraft.

Birkenfeld, den 06.12.2013

gez.: Prof. Dr. Klaus Helling
 Dekan des Fachbereichs Umweltwirtschaft / Umweltrecht der Hochschule Trier

**Ordnung zur Änderung
 der Ordnung für die Masterprüfung im Studiengang „Business Management“ der Hochschule Trier vom 23.01.2014**

Auf Grund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167; BS 223-41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Wirtschaft der Hochschule Trier am 28.08.2013 die folgende Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Masterprüfung im Studiengang Business Management beschlossen. Sie wurde vom Präsidenten der Hochschule Trier am 15.11.2013 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

§ 1 Ergänzung der Regelungen des § 7

§ 7 Abs. 1 der Ordnung für die Masterprüfung im Studiengang Business Management vom 29.09.2010 (publicus. Nr. 16, S. 197 – 208) wird ersetzt durch folgenden Absatz:

(1) Die Zulassung zum Studium setzt unbeschadet der Bestimmungen der geltenden Einschreibordnung einen Bachelor- oder Diplom-Abschluss in Betriebswirtschaft, in Wirtschaftsinformatik, als Wirtschaftsingenieur oder einem verwandten Studiengang mit der Gesamtnote von mindestens "gut" voraus. Die Zulassung erfordert einen schriftlichen Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers mit Lebenslauf und Bewerbungsschreiben (inkl. Begründung der Motivation für den Studiengang), den Nachweis über ein abgeschlossenes Studium an einer Fachhochschule oder Universität oder gleichgestellten Hochschuleinrichtung oder einen vergleichbaren Studienabschluss, den Nachweis über weitere Vorbildungen (Zeugnisse und ggf. berufspraktische Erfahrungen) sowie den Nachweis über ausreichende deutsche und englische Sprachkenntnisse. Die Zulassung kann mit Auflagen verbunden sein. Über Auflagen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Veröffentlichungsverzeichnis der Hochschule Trier „publicus“ in Kraft.

Trier, den 23.01.2014

gez.: Prof. Dr. Udo Burchard
 Dekan des Fachbereichs Wirtschaft der Hochschule Trier